



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 1. Dezember 1887.

Nr. 562.

## Deutscher Reichstag.

### 4. Plenarsitzung vom 30. November.

Das Haus und die Tribünen sind mächtig besetzt.

Am Tische des Bundesraths: Staatssekretäre von Bötticher und Dr. Jacobi, Kriegsminister Bronart von Schellendorf, preussischer Minister des Innern von Puttkamer nebst mehreren Kommissarien.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

### Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Lesung des Etats in Verbindung mit der ersten Berathung des Anlehhesetzes.

Abg. Graf von Behr-Behrenhoff (Deutsche Reichspartei) erklärt zunächst, daß sich ja sehr bald die Gelegenheit ergeben werde, auf die Ausführungen des Abg. Ricker über die beabsichtigte Erhöhung der Getreidezölle zu erwidern, für heute begnügt er sich mit der einen Bemerkung, daß es sich in der beregten Beziehung kurzweg um die Entscheidung der Frage handle, wie der Landwirth überhaupt lebensfähig erhalten werden könne. Auch auf den ihm persönlich sympathischen Vorschlag des Abg. von Bennigsen, den Etat anders zu gruppieren, wolle er heute nicht eingehen, da es hier um eine Angelegenheit handle, welche einer sorgfältigen Prüfung der Budget-Kommission unterstellt werden müsse. Was nun den Etat selber betreffe, so biete derselbe in der That ein erfreuliches und günstigeres Bild, als seine Vorgänger. Er hoffe, daß auch die Erträge der Zuckersteuer eine Steigerung erfahren würden; wenn das nicht zutreffen sollte, so werde man an eine weitere Reform der Zuckersteuer herantreten müssen. Daß der Etat mit der wünschenswerthen Sparsamkeit aufgestellt worden, sei anzuerkennen, aber es sei dies auch durchaus erforderlich im Hinblick auf die bevorstehenden Ausgaben, zunächst derjenigen aus Veranlassung der Alters- und Invaliden-Versorgung; außerdem werde man auch baldigst an eine Amortisation der Reichsschuld denken müssen. Unter den gegebenen Verhältnissen sei es unabweisbar, alle weniger bringenden Forderungen zurückzustellen. Dahin gehöre die generelle Erhöhung der Beamten-Gehälter und auch denn Wegfall der Wittwen- und Waisengeldbeiträge, welche er sich nur, soweit es sich um die unteren Chargen handle, zustimmig erklären, dagegen anheimgeben, die Beiträge in den höheren Chargen noch beizubehalten. Den gestrigen Ausführungen über die Nothwendigkeit, für die nationale Ehre, sowie die Sicherheit und den Wohlstand des Reiches alle notwendigen Forderungen anstandslos zu bewilligen, könne er sich seinerseits nur anschließen, denn er halte nach dieser Richtung hin kein Opfer für zu groß. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Sozialdemokrat): Die Ausführungen Ricker's richteten sich nur gegen einzelne Punkte des Etats; wir haben das uns entgegenstehende System stets bekämpft und werden dies auch jetzt thun, namentlich in Bezug auf den immer mehr steigenden Militär-Etat. Der Etat für das Reichsheer, für die Marine, für Pensionen ist in den letzten Jahren fortwährend gestiegen, ebenso die Schulden des Reiches. Schon in den sechziger Jahren habe man immer gesagt, Preußen könne die Militärlasten nicht erleichtern, weil es allein in Deutschland stehe. Dann kam das Jahr 1866, der Ueberfall Oesterreichs. (Unruhe.) Man reizte die Völker Oesterreichs zur Revolution gegen ihren angestammten Herrscher auf. (Unruhe.) Ich führe diese Thatfachen an, um der Heuchelei vorzubeugen, als wenn Deutschland der tugendhafteste Staat sei, der kein Volk überfalle. (Große Unruhe. Rufe: Zur Ordnung!)

Präsident v. Wedell-Piesdorf: Ich kann diese Worte nur auffassen als eine Kritik der Thronrede; eine Verbindung des Wortes Heuchelei mit der Thronrede kann ich nicht dulden. Ich rufe deshalb den Abg. Bebel zur Ordnung.

Abg. Bebel fortfahrend: Von Jahr zu Jahr sind die Aufstellungen vermehrt worden. Jetzt wird uns wieder eine neue Verärgerung angekündigt in Bezug auf den Landsturm. Wenn auch diese Maßregel keine bedeutende finanzielle Belastung erfordert, so wird doch die Blutsteuer

für den Fall des Krieges vermehrt und das Alles in einem Augenblicke, wo man mit allen Nationen auf gutem Fuße steht. Die Annexion von Elsaß-Lothringen hat uns in diese politische Situation hineingebracht. Ich habe diese Entwidlung schon 1871 vorausgesagt; damals hat man uns verlacht. Je stärker die Rüstungen der einzelnen Staaten sind, desto schneller drängt Alles zur Entscheidung. Unserem Vorgehen zur Verstärkung der militärischen Rüstungen folgen die anderen Staaten. Der nächste Krieg, der aus allen diesen Dingen entstehen wird, wird der furchtbarste sein, den die Menschheit je erlebt hat. Seit 16 Jahren haben wir keinen Krieg gehabt und doch haben wir schon das dritte neue Gewehr. Bei dem Mißtrauen aller Mächte gegen einander werden Ueberrumpelungen und Ueberrassungen, wie sie 1866 und 1870 stattgefunden haben, nicht mehr möglich sein. An dem Tage, wo in Europa eine Kriegserklärung kommt, werden Tausende und Zehntausende von Bankrottisten die Folge sein, und es könnten Dinge eintreten, die Sie selbst nicht wünschen. Die große Masse der Bevölkerung hat nicht nur die Blutsteuer zu leisten, sondern auch in der Form der indirekten Steuern die Gelder für die großen Rüstungen aufzubringen. Die Reform der direkten Steuern in Preußen wird noch lange auf sich warten lassen, weil die besitzenden Klassen lange zögern werden, ehe sie selbst Steuern auf sich nehmen. Sie sind schneller bei der Hand, wenn es gilt, den Arbeitern Steuern aufzulegen. Der Reichsfinanzler hat sich als Gegner der direkten Steuern bekannt, er will sie nur als Abschandsteuer gelten lassen. Eine direkte Steuer von 3-5 Prozent würde gute Einnahmen ergeben, so daß in Preußen das Defizit verschwinden würde. Die Brantweinsteuer belastet vorzugsweise die arbeitende Bevölkerung und dazu kommt man mit einer Verdoppelung der Getreidezölle. Man will den Preis steigern. Man kann es nicht begreifen, wie eine Regierung, die stets von ihrer Arbeiterfreundlichkeit spricht, eine solche Vorlage machen konnte. Der Kornzoll nützt nur einem kleinen Bruchtheil der Landwirthe, den Großgrundbesitzern. Wenn gestern jüdische Namen als Grundbesitzer genannt wurden, so ist das für mich in Beweis, daß die Landwirtschaft eine gute Rente abwerfen muß, denn Geschäftsleute sind die Juden. Sie würden die Güter nicht kaufen, wenn sie dabei nicht auf ihre Kosten kämen. Die Kosten der Altersversorgung bezahlt der Arbeiter zu einem Drittel aus seiner Tasche, das zweite Drittel bezahlt er aus den indirekten Steuern und das dritte Drittel muß er dem Arbeitgeber erst verdienen. In den Arbeiterkreisen ist überhaupt das Gefühl vorhanden, als wenn die sogenannte Sozialreform dazu dienen solle, die Arbeiter zu unterdrücken. Die Hilfskassen verfolgt man, ebenso die Fachvereine. Die Streik-Erlasse thun das Ihrige. Man wollte das Sozialistengesetz aufheben, wenn die Krönung des Gebäudes erfolgte durch die Altersversorgung. Das Organtheil geschieht jetzt; das Sozialistengesetz soll verschärft werden; die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften treten in religiösen Konventikeln zusammen, um gegen Anarchismus und Sozialismus Front zu machen. Die Sozialdemokraten werden das Material, welches ihnen alle solche Maßregeln zur Agitation bieten, nach Kräften ausbeuten. Redner schließt mit der Erklärung, daß er und seine Freunde gegen diesen Etat stimmen würden.

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) bejagt an der Hand der gestrigen Ausführungen des Abg. v. Bennigsen mit einer Polemik gegen die nationalliberale Partei, deren auf die Herstellung des Einzelstaates gerichtete Bestrebungen er lebhaft bekämpft; diesen Bestrebungen gegenüber, welche sich doch auch in der Bekämpfung der Ueberweisung von Reichseinnahmen an die Einzelstaaten zu erkennen gäben, betonte er die weittragende Bedeutung der Frandensteinschen Klausel. Redner kritisiert sodann vom Standpunkte der äußersten Sparsamkeit aus den gegenwärtigen Etat. Was speziell den Militär-Etat anlange, so sei es für ihn selbstverständlich, Alles zu bewilligen, was für die Existenz und die Sicherheit des Reiches erforderlich erscheine; er verlange indessen für die Nothwendigkeit einzelner Mehrforderungen die überzeugendsten Beweise

Derartige Forderungen indessen, wie diejenige des Koblenzer Garde-Regiments nach Berlin werde er nicht bewilligen. Nachdem Redner sodann erklärt, daß er es für dringend notwendig erachte, an einen weiteren Ausbau der direkten Steuern heranzugehen und nachdem er sich auch seinerseits gegen die der Sozialdemokratie gegenüber beobachtete Haltung ausgesprochen, welche den gewollten Zweck vollständig verfehle, mahnt er nochmals zu äußerster Sparsamkeit bei Prüfung der einzelnen Etatsforderungen, da wir andernfalls bankrott werden müßten. (Beifall im Zentrum.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Auf Antrag der Abg. Graf v. Behr-Behrenhoff, Frhr. v. Malpahn-Bühl (kons.) und Genossen werden die wesentlicheren Theile des Etats zur Vorberathung an die Budgetkommission verwiesen.

Während sodann die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anlehhesetze, sowie die Uebersicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für das Etatsjahr 1886/87 und die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für das Etatsjahr 1885/86 bezüglich desjenigen Theiles, welcher sich auf die Reichsverwaltung bezieht, der Rechnungskommission überwiesen werden, genehmigt das Haus den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1887/88 ohne Diskussion in erster und zweiter Lesung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Erste Lesung der Vorlage betreffend die Erhöhung der Getreidezölle.

Schluß 3 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 30. November. Prinz und Prinzessin Wilhelm kamen Montag Nachmittag nach Berlin, um einer Versammlung beim Grafen Waldersee beizuwohnen, an der sich Geisliche und andere Personen betheiligten und in der es sich um die Beschaffung von Geldmitteln für die Zwecke der inneren Mission gehandelt haben soll. Es waren u. A. von hiesigen Predigern erschienen: Hof- und Domprediger Kögel, Garnisonprediger Dr. Frommel und Hof- und Domprediger Schwär, aus hiesigen kaufmännischen Kreisen Gehelmer Kommerzienrath von Hansmann und Herr Hardt, Chef der Firma Hardt u. Co. Auch Mitglieder der kirchlichen Mittelpartei sollen betheilig gewesen sein. Prinz Wilhelm, so wird berichtet, hielt eine längere Rede, in welcher er für den in Rede stehenden Zweck eintrat.

Der neue Spiritasirng, von dem wir schon wiederholt berichteten, soll ins Leben treten. Wie die „Freis. Ztg.“ mittheilt, hat gestern im landwirthschaftlichen Klub eine Versammlung stattgefunden, in welcher Professor Delbrück, v. Dist-Daber und Interessenten aus Posen, Breslau, München und Karlsruhe theilgenommen haben; mehrere Berliner Bankfirmen sollen engagirt sein. Man will jedoch vorsichtiger als im verflohenen Sommer vorgehen. Zunächst soll nicht ein Preis von 120 Mark, wie damals, sondern nur von 106 Mark in Aussicht genommen sein, so daß also die Gefahr der Konkurrenz neuer Brennerien vermieden wird. Man meint auch nicht, eine Betheiligung von 80 Prozent der Brenner als Bedingung stellen zu sollen, sondern will sich mit einem Anschlag von 30 Prozent begnügen, hofft aber, daß gleichwohl sich die überwiegende Mehrzahl der Brenner anschließen wird, weil die bedeutendsten Spiritfabriken bereits im Bunde sind, so daß die Brenner sich würden anschließen müssen. Später, wenn die Betheiligung eine größere geworden, will man dann mit dem Preise auf 110 Mark hinaufgehen. Die Ausführung soll, nach der „Freis. Ztg.“, wie im Sommer, in die Hände einer Aktiengesellschaft gelegt werden, bei welcher jedoch die Brenner stärker betheilig werden sollen.

Das Telegraphenbureau von Hirsch läßt sich die Nachricht eines Genueser Blattes melden, wonach der englische Konsul in Nizza angewiesen worden sei, für die Königin Viktoria eine Villa in San Remo zu mieten, da die hohe Frau sich nun entschlossen habe, einige Wochen in der Nähe ihrer Tochter zu verbringen. Die Richtigkeit der Nachricht lassen wir dahingestellt, indessen macht

die Heranziehung des Konsuls in Nizza die Nachricht nicht wahrscheinlicher, da es in San Remo selbst einen englischen Bizekonsul giebt, der vielfach als Häuseragent thätig ist. Uebrigens giebt es in San Remo überhaupt nur zwei Villen, welche für den Aufenthalt hoher Herrschaften in Betracht kommen können. Die Villa Zirio, die unser Kronprinz inne hat, und die Villa Russfana nächst dem Westendhotel, die seiner Zeit von dem König von Württemberg bewohnt wurde.

Der Kongreß, welcher in Versailles zur Wahl des Präsidenten der französischen Republik berufen werden wird, würde nach den Präzedenzfällen im Jahre 1879 und 1885 die Abstimmung durch geheimes Skrutinium vollziehen. Die radikale Linke will nun aber unmittelbar nach der Konstituierung der Nationalversammlung den Antrag stellen, daß die Präsidentenwahl in öffentlicher Abstimmung erfolge. Das „Journal des Debats“ erfährt in dieser Beziehung, daß der Präsident des Senates, Le Royer, der nach der Verfassung zugleich den Vorsitz im Kongresse führt, erklären wird, daß der Antrag der radikalen Linken nicht einmal auf dem Tische des Hauses niederzulegen werden, geschweige denn zur Diskussion gestellt werden darf. Le Royer wird darauf hinweisen, daß der Kongreß keine beratende Versammlung, sondern lediglich ein Wahlkollegium ist, in welchem kein Mitglied das Wort ergreifen, keine Debatte stattfinden darf. In der Besammlung der Monarchisten, die am Montag stattfand, wurde nach einer längeren Diskussion beschlossen, den bezüglichen Antrag, falls er dem Kongresse unterbreitet würde, abzulehnen. Daß Zwischenfälle in der entscheidenden Kongressitzung keineswegs ausgeschlossen sind, wird vielfach angenommen. Eine politische Komödie hohen Stils wäre es jedenfalls, falls Jules Grevy — was allerdings trotz der jüngsten Agitation von Rochefort und Déroulède, par noble fratram, höchst unwahrscheinlich ist — schließlich als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorginge, so daß seine Nachbefugnisse auf weitere sieben Jahre also über die Zeitdauer vor der gegenwärtigen Krise hinaus verlängert wären.

Zu den Opfern der verfrachten Leipziger Diskontobank gehören auch zwei Mitglieder der ersten Petersburger Gesellschaft: Fürst Jussupow und sein Schwiegersohn, Graf Sjumarofow-Elskon. Sie sollen zusammen mit etwa 600,000 Mark betheilig sein. Da Fürst Jussupow der Besitzer eines unermesslichen Vermögens ist und auch Graf Sjumarofow sehr reich ist, hat der Verlust weiter nicht viel zu sagen; aber in St. Petersburg herrscht eine gewisse schadenfrohe Genugthuung darüber, daß zwei so vornehme Russen dafür bestraft worden sind, daß sie einen Teil ihres Vermögens ausländischen Banken anvertraut haben. Allerdings vergißt man hierbei — so bemerkt die „Schl. Ztg.“ hierzu — wie viele russische Banken in den letzten Jahren verfracht sind.

Aus Paris meldet ein Privat-Telegramm: Die „Agence Libre“ publiziert den angeblichen Wortlaut einer gefälschten Note des deutschen Botschafters in Wien, Bringen Reuß, an den Prinzen Ferdinand von Koburg, worin dieser versichert wird, daß, wenn er sich nach Bulgarien begeben, die Gefährde, welche man in Berlin geheim für das Gelingen seines Unternehmens hege, offen zu Tage treten würden. Der Brief soll von Paris durch eine hervorragende Person in gefälschter Form nach Kopenhagen geschickt worden sein.

Der Staatssekretär Dr. von Stephan verlangt für Fernsprechwerte die Bewilligung von 2 948 000 Mark und begründet seine Forderung folgendermaßen: Die Belastung der Dächer durch die oberirdischen Leitungen der Stadt-Fernsprechanlagen hat in großen Verkehrsorten, insbesondere in Berlin, Hamburg u., einen Grad erreicht, welcher die weitere Benutzung dieses Weges verbietet. Im Interesse des weiteren Ausbaues dieser Anlagen, sowie zur Sicherung des Betriebes für die bereits bestehenden Verbindungen ist es notwendig, die Hauptlinien dieser Stadt-Fernsprechnetze, und zwar sofort in Berlin, durch unterirdische Leitungen zu ersetzen. Zur Durchführung dieser Maßregel ist ein Betrag von 1 500 000 Mark zu veranschlagen. Ferner ist erforderlich für die theilweise zu bewirkende Umwandlung des oberirdischen Stadtfernprechnetzes

